

Prof. Dr. Helmut K. Anheier/ Sarah Förster/  
Janina Mangold/ Clemens Striebing

---

### **Studie: Deutsches Stiftungswesen will mehr, als es leisten kann**

#### **Kleine Stiftungen mit geringen Mitteln tragen Löwenanteil der deutschen Stiftungsarbeit**

Deutsche Stiftungen sehen ihre Rolle mehrheitlich darin, aufzugreifen, was der Staat nicht mehr leisten kann, können diesem Anspruch jedoch nicht gerecht werden. Es mangelt an finanziellen Mitteln, Strategie und Nachhaltigkeit – nicht jedoch an Selbstbewusstsein und Engagement. Das ist das vorläufige Ergebnis der ersten unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchung zum Selbstverständnis deutscher Stiftungen, durchgeführt von der Hertie School of Governance und dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg unter der Leitung von Prof. Dr. Helmut K. Anheier, Soziologieprofessor und Präsident der Hertie School.

Am 19. April 2016 wurden die Ergebnisse der Studie im Rahmen der Berliner Stiftungswoche vor mehr als 200 Teilnehmern von Anheier und seinem dreiköpfigen Forschungsteam vorgestellt. Im Rahmen einer anschließenden Podiumsdiskussion wurden die Implikationen der Studie von Heike Kahl (Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung), Martin Patzelt (Mitglied des Deutschen Bundestags) sowie Birgit Radow (stellv. Generalsekretärin des Bundesverbands Deutscher Stiftungen) besprochen. Moderiert wurde die Runde von Josef Janning (Leiter des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations).

Für die Studie wurden 1.000 Stiftungen aus einer für die Untersuchung neu zusammengestellten Grunddatei von im Forschungszeitraum etwa 19.000 privaten Stiftungen ausgewählt und durch TNS Infratest zu ihrer selbst wahrgenommenen Rolle und Arbeitsweise, ihrem Verhältnis zu Staat, Wirtschaft und Öffentlichkeit sowie ihren Stärken und Schwächen befragt. Die Stichprobe wurde so gewichtet, dass die Ergebnisse nach Bundesländern, Gründungszeitraum und Hauptzwecken repräsentativ sind. Die vollständigen Ergebnisse des bis zum Sommer 2016 laufenden Forschungsprojekts werden 2016 und 2017 veröffentlicht. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Bereichen Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Soziales sowie Kunst und Kultur. Das Kooperationsprojekt wurde von der Fritz Thyssen Stiftung, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator, der VolkswagenStiftung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gefördert.

Das deutsche Stiftungswesen wird getragen vom ehrenamtlichen Engagement meist kleiner privater Stiftungen, die mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein, klaren, aber oft hoch

gesteckten Zielen und letztlich knappen Mitteln einen Beitrag leisten möchten. Über zwei Drittel (67 Prozent) der Stiftungen haben ein Jahresbudget von unter 100.000 Euro. Ein fast genauso hoher Anteil (63 Prozent) der Stiftungen sieht sich in der Rolle, für den Staat einzuspringen. Mit geschätzten 13,1 Mrd. Euro, die deutsche Stiftungen jährlich für ihre Ziele ausgeben, lassen sich staatliche Leistungen jedoch nicht einmal annähernd ausgleichen, sondern allenfalls punktuell ergänzen oder anstoßen. Als Impulsgeber versteht sich aber nur eine Minderheit der Stiftungen. „Ein Großteil der Stiftungen muss die eigene Selbsteinschätzung dringend an die tatsächlich gegebenen finanziellen Möglichkeiten anpassen“, empfiehlt Anheier.

Insgesamt attestiert die Studie dem deutschen Stiftungswesen ein ausgeprägtes Engagement für die Gesellschaft und eine Haltung des „Sich-Kümmerns“, insbesondere im lokalen und regionalen Rahmen. Hier engagieren sich tausende von Stiftern und Ehrenamtlichen für das Gemeinwohl. Professionell arbeitende Groß-Stiftungen mit hauptamtlichen Mitarbeitern, die im nationalen und internationalen Rahmen agieren, bilden die Ausnahme. Deren Selbstwahrnehmung unterscheidet sich deutlich vom Durchschnitt. Anheier sieht in dieser Heterogenität eine besondere Herausforderung und wünscht sich ein stärkeres Engagement der Politik: „Obwohl das deutsche Stiftungswesen breit aufgestellt ist und eines der größten der Welt darstellt, gibt es bisher kein politisches Konzept und kaum Interesse. Hier besteht großer Nachholbedarf, damit Stiftungen in ihrer Gesamtheit auch das leisten, was sie könnten.“ So stellen die Forschungsergebnisse die aktuelle Verbandsstruktur in zweierlei Hinsicht in Frage.

Es ist zu überlegen, ob sich der Bundesverband Deutscher Stiftungen auf die größeren Förderstiftungen konzentriert. Dafür spricht, dass (1) die größeren operativen Stiftungen meist bereits in die jeweiligen Verbandsstrukturen ihres Wirkungsfelds eingebunden sind und dort ihr Hauptinteresse sehen. Ferner spricht dafür, dass (2) der Vielzahl der kleinen, lokalen Stiftungen die Notwendigkeit und die Kapazität eines Engagements auf der Bundesebene fehlen. In diesen Fällen erscheint es angemessener, regionale Stiftungsverbände zu gründen, die dann mit der Bundesebene unter dem Schirm des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen zusammenarbeiten und dort föderal repräsentiert sein können. Vorbilder hierfür sind bspw. das Miteinander von kommunalem und nationalem Stiftungsverbund im Rahmen von „Lernen vor Ort“, der Stiftungsverbund Westfalen-Lippe, die Geschäftsstelle der kommunalen Stiftungen in Münster oder die Stiftungsinitiative Hannover.

Eine weitere Schlussfolgerung der Studie ist, dass Verbandsinteressen einerseits und Daten- und Informationskompetenzen andererseits zu trennen sind. Die Daten könnten von einem unabhängigen Informationszentrum nach Vorbild des US-amerikanischen Foundation Center oder vom Statistischen Bundesamt verwaltet und ausgewertet werden. Erste Ansätze für eine derartige funktionale Ausdifferenzierung sind bereits vorhanden. Es gibt das Datenkompetenzzentrum Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ), welches beim Stifterverband für die deutsche Wissenschaft als Geschäftsstelle angesiedelt ist. ZiviZ setzt sich für eine Verbesse-

rung der Datenlage zu den Themen Engagement und Zivilgesellschaft ein und führt eigene Datenerhebungen durch. Hierdurch würden auch die Voraussetzungen für eine unabhängige Erforschung des Stiftungswesens verbessert. Auch könnte der Bundesverband Deutscher Stiftungen seine Mittel so noch gezielter für die Verwirklichung der Interessen seiner Verbandsmitglieder einsetzen.

Auch für Stiftungsgründer, Stiftungsmanager sowie die Stiftungspolitik leitet die Studie konkrete Handlungsempfehlungen ab. Allgemein differenziert sie in drei spezifische Debatten, die es in Bezug auf deutsche Stiftungen zu führen gilt. Jede von ihnen verweist auf unterschiedliche Herausforderungen und impliziert unterschiedliche Antworten:

Kleine Förderstiftungen stehen für das Potential von Stiftungen als Ort bürgerschaftlichen Engagements und Teil einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Hier steht die Stiftungspolitik vor der Herausforderung gegenwärtige und mögliche zukünftige Stifter in ihrer Motivation, ihren Ressourcen sowie ihrem Engagement zu unterstützen. Dabei handelt es sich zumeist um „Teilzeit-Philanthropen“ der gehobenen Mittelklasse, die einen Beitrag in einzelnen Themengebieten oder für ihre lokale Gemeinschaft oder andere spezielle Zielgruppen erbringen wollen. Für diese Stifter ist die Frage zweitrangig, wie die Effizienz und Effektivität ihres unabhängigen Stiftungsvermögens gewährleistet werden kann. Sie beantwortet sich mitunter direkt aus der Qualität ihrer lokalen Einbindung, deren Stärkung das Ziel einer sinnvollen Stiftungspolitik für Engagement-Stiftungen sein muss.

Bei großen Förderstiftungen steht die Stiftungspolitik hingegen vor der Frage, wie sich das Potential der Unabhängigkeit dieser Stiftungen von Wettbewerbszwängen oder Tagespolitik im Rahmen ihrer Einbettung in ein spezifisches Wirkungsfeld verwirklichen lässt, das von typischerweise ressourcenstärkeren und personalintensiveren Organisationen des Staats, der Wirtschaft oder anderen Nonprofits bestimmt ist. Hier werden strategisches Management, Effektivität und Effizienz zu Schlüsselbegriffen für eine gesellschaftliche Wirkung. Mit anderen Worten: Die Stiftungspolitik muss mit Hinblick auf die großen Förderstiftungen fragen, wie diese unabhängigen Organisationen mit ihren vergleichsweise limitierten Ressourcen die bestmögliche Wirkung im Hinblick auf ihre Fürsorge-, Bewahrungs- oder Wandel-Funktion „hebeln“ können.

Die Situation für operative Stiftungen, kleinere wie größere, ist wieder eine andere. In der Regel nutzen diese ihre Vermögenserträge, um eine Dienstleistung zu erbringen, die durch Nutzergebühren, Leistungsentgelte oder Zuwendungen refinanziert ist. Stiftungen sind dabei mit einem zunehmenden Wettbewerb konfrontiert, indem sie Gefahr laufen, wie besonders im Feld Soziales, nur noch einer unter vielen Marktakteuren zu sein. Auch hier muss sich die Stiftungspolitik mit den Fragen befassen, wie Effizienz und Effektivität dieser Stiftungen verbessert werden können – wo liegen die subventionswürdigen Nischen, in denen eine gemeinnützige Stiftung tätig werden kann und die für Staat und Wirtschaft nicht attraktiv erscheinen? Für operative Stiftungen geht es weniger darum eine Hebelwirkung zu entwickeln, als sich durch die aus ihrer doppelten Unabhängigkeit erwachsenden Mehrwerte von ande-

ren Wettbewerbsteilnehmern abzusetzen. Kurz: Operative Stiftungen müssen beweisen, dass Ihr Stiftungsstatus relevant ist.

In der anschließenden Panel-Diskussion kritisierte Heike Kahl insbesondere das in der Studie eher positiv dargestellte Miteinander von Stiftungen und Staat. Stiftungen würden zu oft als Lieferant zusätzlicher Ressourcen oder bloßer Dienstleister wahrgenommen. Selten handele es sich um eine wirkliche Partnerschaft, bei der die Stiftungen ihre zivilgesellschaftliche Eigensinnigkeit bewahren können. Im Streben um mehr und mehr Kontrolle, werde das Zuwendungsrecht zunehmend zu einer Art Vertragsrecht umfunktioniert. Alle Panel-Teilnehmer betonten die Bedeutung gerade der zahlreichen kleinen Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlicher Selbstorganisation, dessen Wert bspw. bei der Flüchtlingsfrage sichtbar wird. Martin Patzelt vertrat dabei die Sichtweise, dass die mit dem Gemeinnützigkeitsstatus einhergehenden steuerlichen Privilegien immer wieder neu zu verhandeln sind. Laut einer von ihm zitierten Aussage des Bundesfinanzministeriums subventioniert der Staat gemeinnützige Zwecke indirekt mit etwa einer halben Milliarden Euro jährlich.

Eine Zusammenfassung der ersten Studienergebnissen steht hier zum Download bereit:

[https://www.hertie-school.org/fileadmin/images/Downloads/research\\_projects/Policy Paper Stiftungen 2016.pdf](https://www.hertie-school.org/fileadmin/images/Downloads/research_projects/Policy_Paper_Stiftungen_2016.pdf)

Weitere Informationen

<https://www.hertie-school.org/facultyandresearch/research-projects/research-projects/positioning-and-contributions-of-german-foundations>

### **AutorInnen**

**Prof. Dr. Helmut K. Anheier** ist Präsident und Dekan der Hertie School of Governance. Darüber hinaus ist er als Professor für Soziologie an der Universität Heidelberg tätig, wo er das Center for Social Investment mitbegründete und als Akademischer Direktor leitet.

**Sarah Förster** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance und promoviert dort über die Einbettung von Stiftungen in die Wohlfahrtsregime Europas.

**Janina Mangold** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance und promoviert dort über die Rolle von deutschen und amerikanischen Wissenschaftsstiftungen.

**Clemens Striebing** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hertie School of Governance und hat an der Universität Heidelberg über die Rechenschaft von Stiftungen promoviert.

**Kontakt:** [striebing@hertie-school.org](mailto:striebing@hertie-school.org)

**Redaktion****BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)